



Politik

NRW-SPD fordert mehr

Geld für Flüchtlinge

Kommunen sollten noch stärker entlastet werden

Berlin (aja). Die Bundesregierung soll die Kommunen noch stärker entlasten als bisher geplant. Die NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion fordert, dass der Bund auch die vollständigen Kosten für die Unterkunft und Betreuung von Flüchtlingen übernimmt. Noch in dieser Woche will die Landesgruppe diese Forderung offiziell beschließen. Das berichten die beiden ostwestfälischen Mitglieder des SPD-NRW-Landesgruppenvorstands, Achim Post (Minden) und Stefan Schwartz (Herford). Argumentiert wird in dem Text, der an das Bundesfinanzministerium gehen soll, dass man die Kommunen bei der Bewältigung internationaler Konflikte nicht alleinlassen dürfe. Die Regierung wird aufgefordert, einen Vorschlag zur Übernahme der Kosten für Flüchtlinge vor der Sommerpause zu erarbeiten. Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) habe Zustimmung signalisiert.

Unterdessen ist die zu Jahresbeginn stark gestiegene Zahl der Flüchtlinge aus dem Kosovo wieder rückläufig, wie Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) mitteilte.